



Sanfte Aggression

Die EU überläßt die Kriegspropaganda gegen den Iran wieder den USA. Von Werner Pirker

3

Kein Einzelfall

Auch eine niedersächsische Gemeinde sagte ein Antifa-Konzert aus Angst vor Rechten ab

5

Großer Druck

Am Sonnabend tritt die neue Präsidentin Chiles ihr Amt an. Interview mit Guillermo Teillier

8

Werbefernsehen

Wie die ARD das Entstehen des BND aus Wehrmacht und SS verschönt. Von Otto Köhler

10

Dresden wird teuer

48 000 stadteigene Wohnungen werden mit Hilfe verscherbelt. Die Mieter zahlen die Zeche.

Dresdens Oberbürgermeister Ingolf Rossberg atmte nach der Entscheidung des Stadtrates am Donnerstagabend zufrieden auf. Der FDP-Mann wird in die Geschichte eingehen, denn er »befreite« die erste Stadt Deutschlands von ihren Milliardenschulden. Den Dresdner Bürgern hingegen stehen enorme Mietsteigerungen ins Haus – und für die ist auch die Linkspartei.PDS verantwortlich.

Die US-amerikanische Investorengesellschaft Fortress legte für die stadteigene »Woba Dresden« mit ihren 48 000 Wohnungen rund 1,7 Milliarden Euro auf den Tisch und trieb mit ihrem Angebot offenbar den kommunalen Mandatsträgern Feuchtes in die Augen. Geschäfte mit einer »Heuschrecke« können also durchaus angenehm sein, denn am Ende bleiben der Stadt noch 982 Millionen Euro übrig. Der Rest geht für die Tilgung der Woba-Schulden in Höhe von 741,4 Millionen drauf.

Der Widerstand gegen den Verkauf des kommunalen Tafelsilbers war vor allem in der Bevölkerung groß. Vertreter einer von Teilen der Linkspartei.PDS initiierten Bürgerinitiative legten vor der Stadtratssitzung knapp 45 000 Unterschriften gegen den Komplettverkauf vor. Sie befürchten einen gravierenden Abbau der Rechte von Mietern. Doch es half nichts: Bei der Entscheidung votierten 40 Stadträte für den Verkauf, 29 dagegen. Ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

Den Verlockungen des großen Geldes erlagen auch neun von 17 Stadträten der Linkspartei.PDS. Sie hätten zwar »von ihrem freien Mandat Gebrauch« gemacht, teilte Fraktionschef Hans-Jürgen Muskulus entschuldigend mit, doch stehe deren Votum »im Widerspruch zu

den kommunalpolitischen Grundpositionen der Linkspartei«. Die Feststellung ändert nichts daran, daß der Deal ohne die Stimmen der Linken überhaupt nicht zustande gekommen wäre.

Muskulus' Ankündigung, daß die Linkspartei die Privatisierung in der Folge »kritisch begleiten und die Mieter



Für den Wiederaufbau der Frauenkirche hat's noch gereicht

rinnen und Mieter aktiv bei der Wahrnehmung ihrer Interessen unterstützen« wolle, dürfte allenfalls noch ein Versuch sein, den politischen Schaden für die Dresdner Linke ein wenig abzufedern. Seinen Fraktionskollegen wird er damit

jedoch nicht einige sehr unangenehme Fragen ersparen können, denn selbst der Vorsitz-

Rips, bezeichnete den Verkauf als »falsch und kurzichtig«. Er sei überzeugt, daß die Mieter »letztlich die Zeche zahlen«. »Der hohe Kaufpreis muß von Fortress wieder eingespielt werden, die Mieten in Dresden werden steigen. Der Verwertungsdruck wird hoch sein.«

Fortress soll sich mit dem Erwerb zum Bestandsschutz für 41 000 Wohnungen verpflichtet haben. Eine »Sozialcharta« sieht vor, daß Mieter über 60 Jahre und Behinderte ein lebenslanges Wohnrecht erhalten, daß eine Kapplungsgrenze für die Mietpreisentwicklung gilt und Luxussanierungen verboten sind. Rips hält diese Charta »schlichtweg für dumm und peinlich«. Tatsächlich seien die »Schutzrechte weitgehend wertlos, eine reine Mogelpackung«, erklärte er in Berlin.

Nach dem Dresdner Modell schielen indes zahlreiche andere Kommunen, die gleichfalls ihre Schuldenberge loswerden wollen. Ein Unternehmen namens Puma Brandenburg Limited will sich beispielsweise in Berlin einkaufen und in den nächsten Jahren für bis zu drei Milliarden Euro Wohnungen erwerben. Die nordrhein-westfälische Landesentwicklungsgesellschaft, die noch in diesem Jahr 106 000 Wohnungen auf dem freien Markt feilbieten möchte, hofft auf ein gewinnbringendes Bieterverfahren. Neben der in Dresden zum Zuge gekommenen Fortress stehen dort bereits drei weitere »Heuschrecken« Schlange.

Die Deutsche Bank rechnet damit, dass 2,5 Millionen der bundesweit in öffentlicher Hand befindlichen Wohnungen noch verkauft werden können. Das Potential dieses Marktes veranschlagt die Bank auf 100 Milliarden Euro.

Spitzengespräche im Arbeitskampf

Spaltungsversuch der Arbeitgeber. Ver.di-Chef Bsirske: Wir können notfalls noch ein Jahr weiterstreiken

Nach fünf Wochen Streik im öffentlichen Dienst haben sich Gewerkschaften und die Tarifgemeinschaft der Länder am Freitag nachmittag zu einem Spitzengespräch in Berlin getroffen. Ver.di-Chef Frank Bsirske beurteilte den Zwischenstand während einer Verhandlungspause vorsichtig optimistisch. Ein Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Ungeachtet des Gesprächs setzte ver.di am Freitag die Streiks und Solidaritätsaktionen fort. Laut Gewerkschaft beteiligten sich 32.000 Beschäftigte in

elf Bundesländern. Es ist laut DGB der längste Streik im öffentlichen Dienst seit über 80 Jahren. Bsirske betonte, daß die Arbeitgeber nicht auf ein rasches Ende des Ausstands aus Finanznot der Gewerkschaft hoffen dürften. Ver.di könne den Streik noch weit über ein Jahr finanzieren.

Der niedersächsische Finanzminister und Verhandlungsführer der Länder, Hartmut Möllring (CDU) bot der dbb-Tarifunion des Deutschen Beamtenbundes (dbb) einen Abschluß ohne Beteiligung von ver.di an. Der Chef der dbb-Tarifunion, Frank Stöhr, sag-

te dazu, die Gewerkschaften ließen sich nicht spalten, sondern stünden solidarisch zusammen.

Indessen wurden im Tarifstreit der Metall- und Elektroindustrie am Freitag die Verhandlungen für die Beschäftigten der Tarifgebiete Mittelgruppe und Sachsen-Anhalt ergebnislos vertagt. Für die 410 000 Beschäftigten der Tarifgemeinschaft Hessen, Pfalz, Rheinland-Rheinessen und Saarland geht es am 27. März weiter, in Sachsen-Anhalt sollen die Gespräche für die rund 10.000 Beschäftigten am 5. April fortgesetzt werden.

Der IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters warf dem regionalen Unternehmerverband Südwestmetall eine Blockadehaltung vor.

Der IG-Metall-Bezirksleiter der Mittelgruppe, Armin Schild erklärte, die Weigerung der Unternehmer, ein beziffertes Lohnangebot vorzulegen, sei eine Provokation. Sollte sich daran auch in der dritten Verhandlungsrunde nichts ändern, kündigte er Warnstreiks unmittelbar nach Ende der Friedenspflicht ab 29. März an.

(jW)

Elf Tote bei Anschlägen im Irak



BAGDAD. Die Gewalt im Irak hat am Freitag mindestens elf Menschen das Leben gekostet. Der schwerste Anschlag ereignete sich in Falludscha, wo bei der Explosion einer Bombe in einem Lastwagen an einem Kontrollpunkt sieben Zivilpersonen getötet wurden. In Samarra rissen zwei Autobomben drei Menschen in den Tod, darunter den Imam einer sunnitischen Moschee. In Tikrit kam bei der Explosion einer Bombe ein Polizist ums Leben. In der Hauptstadt Bagdad wurden die Leichen von sechs Männern entdeckt. Die Polizei teilte mit, die Opfer seien gefesselt gewesen und ihnen seien die Augen verbunden worden. Sie seien mit Schüssen in den Hinterkopf getötet worden.

Der irakische Präsident Dschalal Talabani setzte unterdessen die erste Sitzung des neuen Parlaments für den 19. März an. (AP/jW) ♦ Siehe Seite 8

Opposition einigt sich auf Ausschuß

BERLIN. Die Opposition im Bundestag hat sich auf den Auftrag für den BND-Untersuchungsausschuß geeinigt. Der Auftrag sei »sehr konkret« und umfasse fast 30 Punkte, sagte Grünen-Fraktionsvize Hans-Christian Ströbele am Freitag. Untersucht werden sollen die CIA-Gefangenentwürfe via Europa, die Verschleppung des Deutsch-Libanese Khaled el Masri, die Aktivitäten des BND in Bagdad sowie die Vernehmung von Terrorverdächtigen durch deutsche Ermittler im Ausland.

Der Ausschuß soll sieben Mitglieder umfassen, je zwei Mitglieder von Union und SPD sowie je ein Mitglied der Oppositionsfractionen von Grünen, FDP und Linken. Den Vorsitz hätte die CDU/CSU als stärkste Fraktion. (AFP/ddp/jW)

junge Welt wird herausgegeben von 528 Genossinnen und Genossen (Stand 1.2.06). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

